

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 9/06

MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>



WIR SIND MÜLHEIM

Ab durch die Mitte per Bagger - Die Cityoffensive MH

Großbaustelle Innenstadt als Ruhrbania-Baubeginn oder reiner Etikettenschwindel ?

MBI fordern, die Ruhrstraße für Umleitungsverkehr in beide Richtungen zu öffnen!

Der Beschluss, die Straßenbahnen durch die Friedrich-Ebert-Str. zu legen und damit die Kaufhofschleife wieder abzuschaffen, stammt bereits aus 1995, lange vor den Ruhrbania-Träumereien. Die RP-Genehmigung gab es für „Beschleunigung der Straßenbahnlinie 110“ und mit den Maßnahmen ist die Ruhrpromenade noch keinen Schritt weiter. Alles also Etikettenschwindel und pure Propaganda? Fast, bis auf den Punkt nämlich, dass bei der mindestens dreijährigen Bauzeit der Umleitungsverkehr quasi als Erziehungsmaßnahme für Ruhrbanania über Schloßbrücke, Bergstr. und Nordbrücke gelenkt werden soll. Die breite, unbewohnte Ruhrstr. soll außen vorgelassen werden. Das ist bei dem hypersensiblen Thema einer Riesenbaustelle in der Innenstadt fahrlässig! Wieviele heute existente Geschäfte in der Innenstadt die Beeinträchtigungen der nächsten Jahre überleben werden, das darf man getrost schon einmal fragen! Bereits der Umleitungsverkehr während der jahrelangen Bauzeit über beide Brücken wird den Druck massiv erhöhen, die Ruhrstr. in beide Richtungen zu öffnen. Wenn aber die Ruhrstr. jetzt für den Umleitungsverkehr in beide Richtungen geöffnet würde, käme dies dem Endzustand schon sehr nah und die Promenadenträume würden noch schneller platzen.

Wenn nämlich die Ruhrstraße für die Ruhrpromenade in Zukunft auch noch zusätzlich zur Friedrich-Ebert-Straße ganz aus dem Verkehr genommen würde, dann gute Nacht!



WEITERER INHALT

- Mülheim-Virus befällt WDR? Das große Schweigen ff.....S. 2
- Mülheim-Virus befällt WDR - Das große Schweigen ff.
Geheimniskrämerei + Vertuschung zu Baganz&Co?S. 2
- Mülheimer Sonderweg mit KiGa-Gebührenerhöhung. Warum?
Ausschuss mit Ausschuss? Schulausschuss vs. Schulkonferenz?.....S.3
- "Leuchtturmprojekt" Banania mit nervösem Flackern?S.4

Das große Schweigen: Mülheim-Virus befällt WDR+NRW

Die sog. „Löschaffäre“ des WDR (Zitat TAZ) schlägt Wellen.

Der Mülheimer ex-CDU-OB Dr. Jens Baganz (Dr. J.B.), der sich unter bisher nicht aufgeklärten Umständen Ende 2002 urplötzlich verabschiedete, hat sich bei WDR-Chef Pleitgen über den WDR-Bericht von Anfang März beschwert, der das von ihm und seiner SPD-Nachfolgerin angerichtete Chaos nicht mehr verschweigt. Nun nahm der WDR im Juli das Manuskript aus dem Netz. Den MBI verbot der WDR, den Bericht im Internet zu veröffentlichen.

Peinlich nur, dass das alles just dann passierte, als Pleitgens Wiederwahl anstand! Der Titel „Mülheim oder das große Schweigen“ ist bezeichnend, wenn nun auch noch der WDR sich dem Schweigen anschließt, als sei er von dem in Mülheim grassierenden Vertuschungsvirus befallen!

Geheimniskrämerei + Vertuschung zu Baganz&Co?

Der geplante Börsengang der RAG ist das größte Geschäft des Landes. Der Mülheimer ex-Minister und RAG-Chef Müller will die profitablen Teile an die Börse bringen. Eine Stiftung soll für Bergbaufolgen und Altlasten zuständig sein. Auf Seiten des Landes dafür zuständig ist Staatssekretär Baganz, der sich just für den RAG-Milliardendeal die BPG als Berater hinzuzog. Ministerin Thoben sprach Baganz dennoch das Vertrauen aus: „Er hat die Dimension politisch falsch eingeschätzt“. Rechtlich sei die Auftragsvergabe an die BPG nicht zu beanstanden. Die Landes-SPD nannte Baganz „Staatssekretär auf Abruf“. Die CDU konterte: Die Opposition baue einen „Popanz“ auf.

Genau: das war ein Spitzname für J.B. während seiner OB-Tätigkeit im regnum interruptum in Mülheim/Ruhr. Unabhängig von der Frage, warum und wie lange Baganz, alias Dr. Popanz, noch bei Thoben "toben" darf, muss die BPG dringendst auf den Prüfstand. Die Beraterfirma BPG trat in Mülheim immer zusammen mit der Anwältin und Baganz-Geliebten Jasper auf, die bekanntlich als Hoflieferantin Daueraufträge von J.B. bekam und einen Riesenscherbenhaufen hinterließ in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. Beteiligt fast immer: die BPG. Deshalb die MBI-Anfrage an den Hauptausschuss, genau aufzulisten, an welchen Aufträgen die BPG seit dem Jahre 2000 in Mülheim im einzelnen mitgewirkt hat, wie viel Honorar sie jeweils bekommen hat und welche Ergebnisse - bzw. Folgekosten oder nicht eingetretene Beratungsergebnisse - für die Stadt aus der jeweiligen Beratung (bzw. Fehlberatung) geblieben sind. *Bisher bereits bekannter Schaden:*

Mindereinnahmen beim RWW-Verkauf von ca. 80 Mio. DM wegen wettbewerbswidriger Vergabe an RWE

Schulden MEG wegen hochkarätiger Fehlberatung (Verfahrensrechte Karnap, Vergärungsanlage) von mind. 10 Mio DM und Mindereinnahmen von weiteren bis zu 10 Mio. DM wegen vergaberechtswidrigem Verkauf an Trienekens (5,4 Mio DM Veräußerungserlös, obwohl der Markt ca. 15 Mio. DM geboten hätte)

Verzögerung Abwasserverkauf um Jahre und Mindereinnahmen von ca. 20 Mio. Euro wegen nicht realisierbarem Verkaufsmodell (Beistellmodell) von Jasper&BPG. Folge war der Zusammenbruch des Schulsanierungsprogramms in 2003, weil die fehlberatenen Verkaufserlöse im Haushalt als Gegenfinanzierung bereits eingestellt waren.

Nachforderungen Finanzamt an die Gasgesellschaft medf für die 94% MVG-Anteile von mind. 10 Mio Euro (Stand Sept. 05!), bis heute ungeklärt.

Und was alles noch? Das Dreigestirn Baganz&Jasper&Kraushaar (Trio Infernale?) war u.a. noch tätig bei

- mißglückter Verkaufsversuch RWE-Aktien (mehrere 100 Mio wert)
- mißglückter Crossborder-Leasing-Versuch bei Straßen- und U-Bahnen
- Fachmarktzentrum Heifeskamp incl. Verkauf der Grundstücke von MEG + Abwasserbetrieb
- Neubau zweier Sporthallen, die die Stadt selbst finanzieren musste, nachdem Jaspers' Betreibermodell sich als Flop und völlige Fehleinschätzung erwies
- Pachtvertrag Stadthalle für die MST, der sich ebenfalls als nicht realisierbar erwies, so dass dann die Stadthalle der MST übertragen wurde
- Auflösung der BtMH (Betriebe der Stadt MH), zu der vor der MVG-Gründung neben dem ÖPNV alle Aktien und Beteiligungsgesellschaften der Stadt gehörten: Bis heute nicht abgeschlossen, weil mit schweren Fehlern und Unwägbarkeiten gespickt, u.a. Steuerschulden, aber auch die ungeklärte Zukunft von Kraftwerk Raffelberg, Tiefgaragen, Hafenbahn, Weiße Flotte. Schaden bisher nicht bezifferbar, aber riesig. Und, und, und

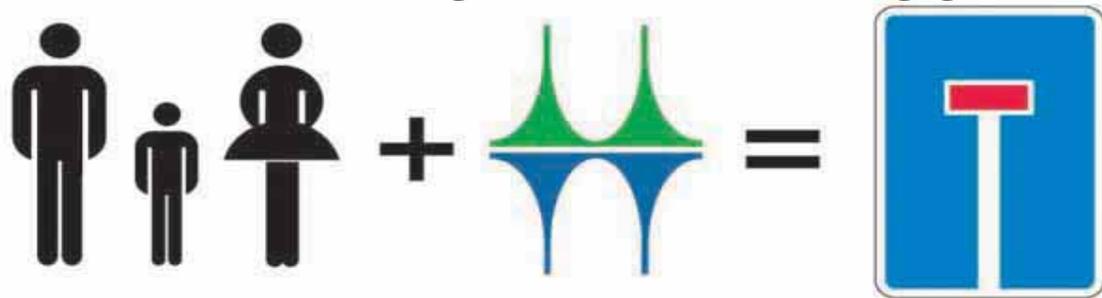
Erst wurde die MBI-Anfrage einfach nicht-öffentlich gemacht. Nach MBI-Intervention musste dann aber ein Teil doch öffentlich beantwortet werden. Genauere Auskünfte aber gab es wieder öffentlich, noch nichtöffentlich. Die BPG machte 2000 bis 2002 die Rechnungsprüfungsberichte für die Arbeit der Stadtverwaltung. Am 10. Juli 2003 hatte der Rat Baganz dafür die Entlastung erteilt. Seit 2003 war die BPG weiter für Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften als Prüfer und Berater tätig. Ex-OB Baganz hatte mit BPG-Gesellschafter Peter Kraushaar 2003 eine Consultingsgesellschaft gegründet. Mit seiner Berufung zum Staatssekretär gab Baganz 2005 seine Anteile zurück.



Trauerspiel um die städteübergreifende Straßenbahn-Linie 901

Erst jahrelang alles von Mülheim und Duisburg gemeinsam verpennt, dann versuchten die Städte, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen und jetzt muss Mülheim alles alleine bezahlen!

Mülheimer Sonderweg bei Kinderbetreuungsgebühren



Am 18. Mai beschloss der Landtag die Kürzung von Zuschüssen für Kindertagesstätten. Jede Stadt sollte doch selber sehen, wo sie das Geld auftreibt, in Mülheim 1,2 Mio Euro für 2006.

In der Ratsondersitzung am 31. Juli ließ Frau Mühlenfeld absichtlich und bewusst falsch abstimmen, indem sie nicht wie beantragt über den eindeutig weitergehenden MBI-Antrag geheim abstimmen ließ, sondern über den SPD/CDU-Antrag. Dann stellten die MBI den Antrag neu und aktualisiert für die folgende Ratsitzung, nun am 21. Sept.. Doch nun hat das berühmt-berüchtigte Mülheimer Rechtsamt eine Stellungnahme erarbeitet, warum der MBI-Antrag nicht zu behandeln sei. Wie bei anderen Punkten auch versucht die OB, ihren Kurs mit der Brechstange durchzuziehen, egal was und wer unter die Räder kommt, am schlimmsten die Demokratie. Bei Ruhrbania oder bei der Pöstchenhuberei fragt z.B. niemand nach Gegenfinanzierung, doch der MBI-Antrag, bei den KiGa-Gebühren sich genauso zu

verhalten wie Oberhausen, Essen u.v.m., ist laut Rechtsamt „**mangels Deckungsvorschlag nicht zur Beratung zuzulassen**“.

Völlig unabhängig von MBI-Anträgen usw. muss man sich fragen, **warum einzig in Mülheim die exorbitanten Erhöhungen der KiGa-Beiträge durchgeführt wurden und was die Stadt sich im Kuhhandel dafür vom Land hat versprechen lassen!** Genauso ist bereits jetzt absehbar, dass die gesamte Geschichte ein ziemliches Chaos erzeugen wird.

Man kann also nur hoffen, dass das Elternnetzwerk möglichst bald genügend Unterschriften zusammen hat für den Einwohnerantrag, der den Rat zwingen würde, sich noch einmal mit dem Thema zu befassen.

Irgendwie scheint es in Mülheim Methode zu werden, die eigenen Bürger möglichst erst einmal vor den Kopf zu stoßen, ob bei Straßensanierung, Schulleiterwahlen, KiGa-Eltern, Abwassergebühren oder, oder, oder ..

Wenn ein Ausschuss Ausschuss produziert Zur Schulleiterwahl an der Kluse

Die letzten Zuckungen eines überflüssigen Gremiums?

Nach dem neuem Schulgesetz NRW werden Schulleiter ab 1. August nur noch von der jeweiligen Schulkonferenz gewählt. Die Stadt als Schulträger hat lediglich ein Vetorecht.

Die Ausschreibung für die vakante Schulleiterstelle am Berufskolleg Kluse war noch im letzten Schuljahr. Deshalb wurde der neue Schulleiter im Schulausschuss noch nach vergangenen Regeln gewählt. Die Schulkonferenz des Berufskollegs hatte sich einstimmig für einen Kandidaten ausgesprochen, doch der Schulausschuss wählte in geheimer Abstimmung den anderen.

Beim Karl-Ziegler-Gymnasium hatte der RP im Juni die letzte Entscheidung des Schulausschusses beanstandet und aufgehoben, weil der Schulausschuss ein anderes Votum als die Schulkonferenz gefällt hatte, nachdem zuvor der gesamte Vorgang bereits wiederholt werden musste, weil die Schule übergangen worden war.

Um einen möglichst schnellen Ausweg aus der peinlichen Situation zu ermöglichen, hatten die MBI den Antrag an die Ratsitzung gestellt, den Beschluss des Schulausschusses vom 11.9.06 zur Wahl des Schulleiters für das Berufskolleg Stadtmitte zu annullieren und dem einstimmigen Votum der Schulkonferenz zu folgen. Doch Frau Mühlenfeld ließ satzungswidrig den Punkt nicht auf die Tagesordnung.

Nach der peinlichen und über viele Monate verschleppten Schulleiterwahl für das Karl-Ziegler-Gymnasium hätte man erwartet, dass der Ausschuss dieses Mal sensibler mit dem Votum der Schulkonferenz umgeht. Mit dem neuen Schulgesetz hat der Schulausschuss weitere Kompetenzen verloren und man sollte ernsthaft überlegen, ob er in Zukunft noch sinnvoll ist. Gebäude macht der Immobilienservice, für Lehrer ist das Land zuständig, für Lerninhalte auch und Schulleiter bestimmt die Schule. Und der Schulausschuss und sein Vorsitzender Herr Mühlenfeld, wofür sind die zuständig?

MBI -Fraktion - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Fraktionsgeschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI



aber Logo!
auch noch auf
jedem städtischen Brief!

Die Weisheit der Dakota-Indianer und der (Alb)Traum Ruhrbania

Ohne Moos nix los! Lasst die Bürger entscheiden, dann wär der Spuk zu Ende! "Leuchtturmprojekt" Ruhrbania mit nervösem Flackern?

Es ist kein Ruhmesblatt für die Mülheimer Demokratie, dass Gerichte über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zum Schutz der Ostruhranlagen entscheiden sollen.

Das Projekt Ruhrbania-Ruhrpromenade wird in der Mülheimer Bevölkerung sicherlich sehr kontrovers gesehen. Als die Unterschriftenaktion für das Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Flächen von Ostruhranlagen und Ruhrstraße begann, betonten die Vertreter aller Parteien noch, dass die Frage nicht vor Gericht entschieden werden dürfe. SPD, CDU und FDP starteten eine Informationsoffensive.

Dann wurde aber die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens von der Ratsmehrheit abgelehnt und das ganze ging doch zum Gericht. Die Stadt hat inzwischen auch noch ein externes Rechtsanwaltsbüro aus Köln beauftragt, sie vor Gericht zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu vertreten. Das treibt erst einmal die Kosten in die Höhe und schindet Zeit. Die Stadt Mülheim sieht sich offensichtlich auf verlorenem Posten und versucht nun mit fremder Hilfe das Ruder rumzureißen. Rechtsdezernent Dr. Steinfurt hat sowohl in der Ratsitzung am 6.4., wie auch am 13.6. ausführliche Stellungnahmen vorgetragen, die auch schriftlich gegeben wurden. Dass die Stadt sich jetzt darüber hinausgehend einen teuren Anwalt genommen hat, spricht Bände!

Deutlich wird daran auch, dass die Stadt anscheinend einen Bürgerentscheid vermeiden und umgehen will wie der Teufel das Weihwasser! Das sinnvollste und demokratisch sauberste aber wäre jetzt ein Ratsbürgerentscheid, wie ihn die Stadt Hamm bereits durchführte. Die MBI haben einen entsprechenden Antrag für den Rat der Stadt gestellt, doch SPD, CDU, FDP und Grüne(!) lehnten den Antrag ab. Ein Armutzeugnis!

Explodierende Kanalbaukosten Friedrich-Ebert-Straße: Ruhrbania-Finanzierung über Abwassergebühren?

Im Unterausschuss am 11. September wurden Mehrausgaben für das Kanalbauprogramm alleine für 2006 in Höhe von 2,694 Mio Euro beschlossen. Hauptpunkt dabei die „aktualisierten“ Kosten für den Sammler Friedrich-Ebert Str., für den bisher insgesamt 3,5 Mio bis 2009 angesetzt waren, was sich jetzt aber auf über 7,5 Mio mehr als verdoppeln soll!! Den MBI-Fragenkatalog zu den deftigen Nachträgen des Abwasserbeseitigungsbetriebes beim Kanalbauprogramm, insbesondere warum die Kosten für die Kanalbaumaßnahme Friedrich-Ebert-Str. sich mehr als verdoppeln sollen und ob das im Zusammenhang mit Erschließungsmaßnahmen für die Ruhrpromenade steht, „beantwortete“ der Ruhrbania-Koordinator Hellmich, ehemals Leiter des Abwasserbetriebs, nicht einmal ansatzweise. **Einzige Auskunft: man habe halt neu gerechnet. Nur MBI und FDP stimmten dagegen! Unglaublich.**

Man darf getrost die Frage stellen, ob hier die Ruhrbania-Ruhrpromenaden-Erschließungskosten für das neue Stadtquartier allen Abwasserkunden (sprich allen Haushalten) aufgedrückt werden sollen und ob das überhaupt erlaubt ist. Die MBI werden ihr Recht auf Akteneinsicht nutzen, um die nicht beantworteten Fragen zu klären.

Die OB und die Ruhrbania-Parteien sollten besser einer Weisheit der Dakota-Indianer folgen:

"Wenn Du merkst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab!"

**Ost-Ruhranlagen:
Lasst die Bürger
entscheiden!**

Mülheimer Bürger-Initiativen
MBI